

Gutachter soll im Mai beauftragt werden

Arbeitskreis Deponie „Hintere Dollert“ einigt sich über die nächsten Verfahrensschritte / Bürgermeister spricht von „Quantensprung“



Die Wolken verziehen sich: Der Arbeitskreis Deponie „Hintere Dollert“ hat einen Zeitplan vorgelegt. Im Mai soll ein Gutachterbüro für die für die Untersuchung des Deponiegeländes beauftragt werden. Foto: Jürgen Gerbig

Gaggenau-Oberweier/Rastatt. Nächster Schritt beim Dauerbrenner „Hintere Dollert“ in Oberweier. Auf Einladung von Gaggenaus Oberbürgermeister Christof Florus (Freie Wähler) ist der Arbeitskreis Deponie zusammengesessen und hat erste Entscheidungen getroffen. Demnach soll das Gutachterbüro für die Erstellung eines Untersuchungsprogramms für das Deponiegelände voraussichtlich im Mai beauftragt werden. Die teilen Stadt und Landkreis in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit. Laut Stadtkämmerer

Andreas Merkel und Michael Barth (CDU), Ortsvorsteher von Oberweier, ist zudem der Pachtvertrag zum Deponiegelände zwischen der Stadt Gaggenau und dem Landkreis Rastatt entscheidungsreif.

Gaggenaus Bürgermeister Michael Pfeiffer (parteilos) sprach demzufolge von einem „Quantensprung“, wie der Arbeitskreis mit einem breiten Konsens die nächsten Schritte besprochen habe. OB Florus wird mit den Worten zitiert: „Unsere beiden Behörden, das Rathaus Gaggenau und das Landratsamt Rastatt, arbeiten intensiv und gemeinsam an einer guten Lösung.“ Und auch der neue Landrat, der das Thema nach seinem Amtsantritt zur Chefsache gemacht hat, ist zufrieden. „Es gibt noch Aufklärungsbedarf bei der Deponie, aber die offenen Fragen werden wir sukzessive klären“, sagte Christian Dusch laut Mitteilung.

Dusch kündigte zudem an, dass die Entsorgung des aus dem Sickerwasser ausgefilterten Konzentrats voraussichtlich ab Herbst abtransportiert und entsorgt werden könne. Aktuell wird das Sickerwasser noch in die Deponie zurückgeführt. Parallel dazu werden die noch offenen Deponiebereiche der Zentraldeponie übergangsweise abgedichtet. Damit werden zentrale Forderungen der Bürgerinitiative „Stop Deponie Oberweier“ erfüllt. Allerdings, so heißt es weiter, könnte der Naturschutz den Zeitplan noch verzögern.

Mit dem Aufbringen der temporären Abdichtung beginnt die Stilllegung der Deponie, wie es der Betriebsausschuss am 6. Dezember vergangenen Jahres beschlossen hatte, nachdem der Kreistag mit einem interfraktionellen

Antrag die ursprünglichen Pläne des Landkreises für die Folgenutzung der Deponie ausgebremst hatte. Dies sei allerdings noch kein endgültiges Aus für die „Hintere Dollert“, betont Dusch. Eine Suchschleife über den gesamten Landkreis könne nach wie vor ergeben, dass die stillgelegte Deponie der am besten geeignete Standort für eine weitere Deponie zur Ablagerung von schwach belastetem DK-I-Aushubmaterial sei. Die gesamthafte Bewertung des Standortes hänge neben der Suchschleife auch davon ab, was das Untersuchungsprogramm „Hintere Dollert“ ergibt.

Der Arbeitskreis hat bereits erste Bewerbungsunterlagen gesichtet. Weiterhin sind noch sogenannte Bietergespräche geplant. Der Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb werde dann am 24. Mai über die Beauftragung eines Büros entscheiden. An der Sitzung nahmen neben Vertretern des Landratsamts und der Gaggenauer Stadtverwaltung auch Gemeinde- und Ortschaftsräte sowie Vertreter der BI teil.

Stadtkämmerer Andreas Merkel, zugleich auch Kreistagsfraktionschef der CDU, betonte zudem die Bedeutung einer Suchschleife. Sie gebe dem Kreistag eine belastbare Entscheidungsgrundlage. Er verwies weiterhin darauf, dass fraktionsübergreifend die Notwendigkeit gesehen werde, die Entsorgungssicherheit für DK-I-Material zu gewährleisten. Wesentliche Forderungen der Stadt Gaggenau seien in den Pachtvertrag aufgenommen worden, so Merkel. Dazu gehören der Untersuchungsumfang für die Übergangs- und Zentraldeponie, eine angemessene Anpassung des Pachtzinses, eine Verlängerung bis zum Jahr 2023 sowie

die Vereinbarung, dass während der Pachtzeit keine Verfahren für eine intensivere Nutzung der Deponie eingeleitet würden. Ferner ist eine Kooperationsverpflichtung mit dem Sachverständigen der Stadt Gaggenau, Jan Hinrichs vom Gutachterbüro GHJ, festgeschrieben. Hinrichs hatte dem Arbeitskreis zuvor nochmals seine Untersuchungsergebnisse präsentiert.